

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 192. Ratssitzung vom 28. Februar 2018**

### **3789. 2017/402**

**Weisung vom 22.11.2017:**

**Immobilien Stadt Zürich, Gewerbegebäude Robert-Maillart-Strasse 12–18 (Tramonthalle), Quartier Oerlikon, Mietverlängerung für die Sozialen Betriebe und Einrichtungen**

Antrag des Stadtrats

Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der Asyl-Organisation Zürich, Zypressenstrasse 60, 8004 Zürich, den bestehenden Untermietvertrag über 2780 m<sup>2</sup> Werkstatt-, Schulungs- und Lagerfläche zzgl. Allgemeinflächenanteil (total 3265 m<sup>2</sup>), 415 m<sup>2</sup> Aussenfläche und 6 Aussenparkplätze an der Robert-Maillart-Strasse 12–18, 8050 Zürich, bis zum 31. März 2028 zu verlängern. Der nach Schweizer Recht anpassbare Jahresnettomietzins beträgt unverändert Fr. 617 817.–, zuzüglich Nebenkostenkonto von Fr. 68 552.–.

Referent zur Vorstellung der Weisung/ Kommissionmehrheit:

**Reto Vogelbacher (CVP):** *Bei der folgenden Weisung geht es um die Verlängerung des Mietvertrags der sogenannten Tramonthalle. Eigentümerin der Liegenschaft ist die zur CS gehörende Wincasa, Hauptmieterin ist die AOZ, die ihrerseits wiederum einen Teil an die Arbeitsintegration der Stadt, beziehungsweise an die Immobilien Stadt Zürich (IMMO), untervermietet. Die Tramonthalle wird von den sozialen Einrichtungen und Betrieben (SEB) genutzt und ist ein wichtiges Standbein der Arbeitsintegration. Sie stellt Teilarbeitsplätze bereit und gibt arbeitslosen Sozialhilfebeziehenden die Möglichkeit, an einem Qualifikationsprogramm teilzunehmen. Für Jugendliche gibt es Brückenangebote. Der Betrieb stellt zudem Dauerarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zur Verfügung und führt auch berufliche Massnahmen für Klienten der IV durch. In der Tramonthalle arbeiten circa 160 Klienten und Klientinnen, die von etwa 20 Mitarbeitenden der SEB begleitet werden. Auf der Mietfläche von circa 2,78 Kiloquadratmetern werden verschiedene Holzarbeiten angeboten; es werden Standardsärge für Bestattungen in Zürich, Möbel, Spielgeräte und Artikel für den Imkerbedarf hergestellt sowie Reparaturen durchgeführt. Weiter gibt es ein Nähwerk, in dem vor allem Produkte aus Planenmaterial hergestellt werden. In einer Velowerkstatt werden Velos repariert und restauriert. Die Mehrheit der Spezialkommission HBD/SE betrachtet die Tramonthalle als sinnvoll und beantragt dem Gemeinderat die Zustimmung zur Verlängerung des Mietvertrags um weitere 10 Jahre mit*

gleichbleibendem Jahresnettomietzins von 617 817 Franken, zuzüglich von 68 552 Franken Nebenkosten akonto.

Kommissionsminderheit:

**Stefan Urech (SVP):** Die SVP-Fraktion erachtet Arbeitsintegrationsprojekte als sinnvoll, zweifelt aber an einzelnen Posten der Arbeitsintegrationsprojekte in der Tramonthalle. Reto Vogelbacher (CVP) stellte in seinem Votum die Holzwerkstatt vor, er erwähnte jedoch nicht die Schleuderpreise in der Herstellung – Preise, bei denen eine normale Holzwerkstatt oder ein kleiner Betrieb nicht mithalten können und die nicht konkurrenzfähig sind. Die Stadt beruft sich bei dieser Angelegenheit auf die tripartite Kommission für arbeitsmarktliche Aufgaben des Kantons Zürich (TPK), die sich darum kümmert, dass die Auftragsvergabe keine zu grosse Konkurrenz zu den privaten Betrieben darstellt. Diese Kommission besteht aus 11 Mitgliedern, von denen aber nur vier aus dem Gewerbeverband sind, während die anderen sieben Mitglieder Mitarbeiter des Sozialdepartements, dem VPOD oder der Gewerkschaft sind. Weiter kritisieren wir, dass die Arbeitsintegration nicht wie früher in den Betrieben selbst stattfindet. Früher hat man die Personen direkt in einen richtigen Betrieb geschickt, in denen sie von einem richtigen Chef lernen und einfache Arbeiten machen konnten. Heute lernen die Leute unter fachlicher Anleitung eines Arbeitsagogen, der damit neue Wählerschaft für Rot-Grün kreieren kann. Neben den bereits existierenden privaten Veloverleihangeboten wie LimeBike, oBike und Smide, hat die Stadt entschieden, auch einen städtischen Veloverleih namens publiBike einzurichten. Die Velos für den staatlichen Veloverleihdienst sollen in der Tramonthalle gewartet und repariert werden. Das stört uns insbesondere deshalb, weil die Medienmitteilung zu publiBike informierte, dass das Angebot zu 100 Prozent über Sponsorenbeiträge und Kundeneinnahmen finanziert werde. Die Löhne, die man in der Velowerkstatt zahlt, sind wiederum nicht konkurrenzfähig. Man darf dabei auch nicht vergessen, dass die Mitarbeiter gleichzeitig unter Aufsicht von Arbeitsagogen stehen, die auch wieder kosten. Diese Kosten werden im publiBike-Gefäss nicht miteingerechnet. Auf Anfrage wurde uns mitgeteilt, dass in den letzten drei Jahren 25 Prozent der Personen, die ein solches Arbeitsintegrationsprogramm in der Holzwerkstatt machen, eine Anstellung finden. Wir wissen aber nicht, ob es sich dabei um Stellen in der Holzbranche handelt. Mir wurde von verschiedenen Seiten im Holz-Business gesagt, dass man die Quote und die künftige Arbeit der Klienten in einer Holzwerkstatt anzweifeln dürfe – vor allem seit man die Klienten nicht mehr in den Holzwerkstätten selber ausbildet und reintegriert, sondern mit Arbeitsagogen vom Sozialamt. Aus diesen Gründen – und nicht weil wir gegen Arbeitsintegrationsprojekte wären – lehnen wir diese Weisung ab.

Weitere Wortmeldung:

**Reto Vogelbacher (CVP):** Ich möchte auf den Vorwurf reagieren, die Holzwerkstatt produziere Möbel und Särge zu Schleuderpreisen. Wenn wir die Produktion dem freien Markt überlassen würden, müsste die Herstellung der Särge in einem

3 / 4

*Submissionsverfahren ausgeschrieben werden, weil kaum ein Schweizer Produzent Särge so kostengünstig produzieren könnte. Im Endeffekt würden rein aus Kostensicht Polen oder Ungarn die Särge in die Schweiz liefern – das wäre nicht sehr sinnvoll. Die Arbeitsprogramme erfüllen soziale Aspekte und versuchen, die Personen im Arbeitsprozess zu behalten. Auch das ist eine Investition.*

### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Reto Vogelbacher (CVP), Referent; Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Patrick Albrecht (FDP), Marianne Aubert (SP) i. V. von Ursula Näf (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Minderheit: Maria del Carmen Señorán (SVP) i. V. von Stefan Urech (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Christoph Marty (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Immobilien Stadt Zürich wird ermächtigt, mit der Asyl-Organisation Zürich, Zypressenstrasse 60, 8004 Zürich, den bestehenden Untermietvertrag über 2780 m<sup>2</sup> Werkstatt-, Schulungs- und Lagerfläche zzgl. Allgemeinflächenanteil (total 3265 m<sup>2</sup>), 415 m<sup>2</sup> Aussenfläche und 6 Aussenparkplätze an der Robert-Maillart-Strasse 12–18, 8050 Zürich, bis zum 31. März 2028 zu verlängern. Der nach Schweizer Recht anpassbare Jahresnettomietzins beträgt unverändert Fr. 617 817.–, zuzüglich Nebenkostenkonto von Fr. 68 552.–.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 7. März 2018 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. Mai 2018)

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat